

## Einleitung

Bis Anfang der 2000er-Jahre hatte ich ein stereotypes Bild hinsichtlich der Landwirtschaft: überschaubare Familienbetriebe, sorgfältig gepflegte und pittoreske Landschaften, Hühner, die frei auf dem Hof herumlaufen, Herden auf den Almwiesen, und Kühe mit Hörnern! Mein Engagement in der Bundespolitik hat mich auf eine andere Realität aufmerksam gemacht. Eine erste Feststellung verdunkelt dieses idyllische Bild: das Verschwinden von Hunderten von landwirtschaftlichen Betrieben jedes Jahr. Warum? Gleich im Anschluss daran erfuhr man den Grund: der Absturz des Milchpreises, und die Tragödien, die darauf folgten, während die Aufwände für die Modernisierung und die Ausdehnung der Betriebe, als Folge der neuen Orientierung der Landwirtschaftspolitik, die Verschuldung erhöhte. Eine andere Zahl machte mich als Konsumentin betroffen: laut den Statistiken, wurden die Bauern in 2004 für ihre Produkte 28% weniger als in 1992 bezahlt, während dieselben Produkte in den Läden zwischen 10% und 15% teurer waren.

Offensichtlich stimmte etwas nicht und ich stellte mir vor, dass die Landwirtschaftspolitik davon alarmiert war. Nun aber entdeckte ich mit Erstaunen, dass manche Abgeordnete wenig davon beeindruckt waren: mit den offenen Märkten, insbesondere in Bezug auf Europa, könnte man sogar darüber nachdenken, auf die schweizerische Landwirtschaft ganz zu verzichten. Oder völlig auf die Industrialisierung der Lebensmittelproduktion umzustellen. Allerdings sollte man über genügend landwirtschaftliche Flächen verfügen, was schwer vorstellbar war, ausser man würde die Alpen dem Erdboden gleichmachen. Noch eine andere Dimension kam hinzu: die Globalisierung der Wirtschaft führte zu einer Wandlung der Versorgungsketten. Seitdem findet man auf den Grossmärkten Nahrungsmittel, die in unmöglichen, sogar skandalösen sozialen und ökologischen Bedingungen produziert worden sind. Seit Ende der 90er-Jahren ziehen der Agrarsektor der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) eine Notbremse mit der Gründung der *Plattform für eine sozial, nachhaltige Landwirtschaft* um die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, denen landwirtschaftliche Arbeitnehmer/innen in der Schweiz und in Europa ausgesetzt waren. Gleichzeitig, im Rahmen einer von den ökologischen Abgeordneten geführten Kampagne, lancierten sechs Kantone in Bern parlamentarische Initiativen, um strengere Normen für den Import von Früchten und Gemüse insbesondere aus Süds Spanien, einzuführen.

Wurde dieser Aufschrei gehört? Der Bericht des ehemaligen Mitglieds des Nationalrates, John Dupraz, über das Ausnutzen fremder Arbeitskräfte, was er als neue Sklaverei anprangerte, löste die Empörung des Schweizer Parlaments und des Europarates aus. Allerdings erscheint es im Jahr 2019 nun, dass sich nichts verändert hat: in Almeria haben im September die landwirtschaftlichen

Arbeitnehmer die Arbeit niedergelegt, um gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu protestieren. Die Arbeitgeber/Firmen haben sich jedoch entschieden, sie zu kündigen, anstatt zu Verbesserungen beizutragen.

Dagegen sind die Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schweiz von den Politikern bisher relativ unbemerkt geblieben. Man liess die missbräuchlichen Praktiken unserer Landwirtschaft links liegen. Ich für meinen Teil gebe zu, dass ich lange die Vorstellung hatte, dass Landwirte mit ihren Bauernhöfen verwachsen waren, die von Generation zu Generation an die Männer der Familie weitergegeben wurden, während die aufopfernden Ehefrauen freiwillig mithelfen, sich um die Hühner und die Kaninchen kümmern, sowie um den Garten und das vor dem Gewitter hereinzubringende Heu. Oder von einem Knecht wie Pipe in dem Film «Kleine Fluchten», der zufrieden ist, mit einem Dach über seinen Kopf schlafen zu können und mit einem Stück Brot und Käse als Frühstück. Das ist ja Folklore, die überhaupt nicht aktuell ist. Man kann zwar die Agrarindustrie des Südens kritisieren, aber man soll zuerst vor unserer eigenen Tür kehren.

Vor kurzem sagte ein landwirtschaftlicher Arbeiter nach einem Arbeitsunfall aus (24 Heures, Oktober 2019): «Der Chef hat mir gesagt, dass das letzte Mal wo ein Arbeiter sein Bein gebrochen hatte, dieser sofort seine Arbeit verloren habe. Seit diesem Tag habe ich wirklich das Gefühl gehabt, ein Sklave zu sein. Es hat mich völlig demotiviert. Ich habe meine gute Stimmung und das Vertrauen verloren». Natürlich ist es ein extremer Fall, der von einem Gericht bestraft wurde. Ist das ein einmaliger Fall? Sicher nicht. Ich habe selbst ein paar illegale Einwanderer begleitet, die in dem Gemüseanbau arbeiteten und einen Hungerlohn für 10 bis 12 tägliche Arbeitsstunden bezahlt bekommen. Oktober 2019 hat die Landwirtschaftskammer im Kanton Jura ein Programm für «die berufliche Integration zugunsten den Personen mit Migrationshintergrund in der Landwirtschaft» eingeführt. Eine Initiative mit guten Absichten? Vielleicht. Aber ist nicht eher das Ziel der Initiative, Arbeitskräfte in einer Region mit abnehmenden Bevölkerungszahlen sicherzustellen? Für welchen Lohn? Mit welchen Zukunftsaussichten?

Schon im Jahr 1999, zur Zeit der oben zitierten ersten Studie, die von dem Agrarsektor des GBI beauftragt wurde, waren die Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Arbeiter schon für inakzeptabel eingestuft worden. «Wie können die Körperschaften des öffentlichen Rechts zustimmen, die Landwirtschaft derart zu finanzieren und zur gleichen Zeit eine wöchentliche Arbeitszeit, die bis zu 62 Stunden für einen Mindestlohn von 2520 Franken brutto pro Monat geht?», fragte sie. Heutzutage, dank der Studie der zwei Historiker Gilles Bourquin und Jan Chiarelli, wissen wir leider, dass dieser Skandal fort dauert. Ich habe nicht damit gerechnet im Jahr 2019 die folgenden Realitäten aufzudecken: landwirtschaftliche Arbeitnehmer, die 14 Franken pro Stunde für einen

Durchschnitt von 53 wöchentlichen Arbeitsstunden verdienen und die überhaupt keinen Arbeitnehmerschutz haben, weder durch das Arbeitsgesetz noch in Form von formellen Arbeitsverträgen. In der Zeit, in der die Landwirtschaft in einer rentableren Industrieproduktion investiert, erscheint mir diese Situation als ein krasser Rückschritt. Und was kann noch über die Situation der Ehefrauen der Landwirte gesagt werden, nachdem diese Studie zeigt, dass die Familienarbeitskräfte allmählich durch Lohnarbeiter ohne feste Arbeitsverträge ersetzt werden? Mit der Auf- und Verarbeitung von Produkten beschäftigt zu sein, gegen einen kleinen Lohn und manchmal ohne Altersversorgung? Eine zweite Arbeit annehmen? Und was kann über die 8000 illegalen Einwanderer gesagt werden, die undeckelt in den Landwirtschaftsbetrieben arbeiten? Für sie hat sich nichts geändert.

Diese Daten zeigen ein dramatisches Missverständnis zwischen der Bevölkerung und was sie von der Landwirtschaft wahrnehmen und erwarten und den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sind wir Unschuldengel, wenn wir unsere Liebe für unsere Heimat, unsere grossen Bauernhöfe, unsere prosperierenden Bauernfamilien und unsere unvergleichlichen lokalen Produkte proklamieren, während die untersuchten Daten zeigen, dass täglich drei Landwirtschaftsbetriebe verschwinden, dass die kleinsten Betriebe der Konkurrenz nicht gewachsen sind und dass die grössten Betriebe versuchen zu überleben, indem sie immer stärker industriell produzieren und sich dabei aber immer mehr verschulden? Was die Bevölkerung aber will ist klar: 2017 haben mehr als 78% der Schweizer bei einer Volksabstimmung dafür gestimmt, das Prinzip der Ernährungssicherheit in die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft aufzunehmen.

Und dann zwei Volksinitiativen, eine *für fair hergestellte Lebensmittel* und die andere für die *Ernährungssouveränität*, die sich für eine umweltfreundliche Agrarproduktion einsetzt, die beide vom Volk abgelehnt wurden. Leider prallen diese guten Absichten auf die Hartnäckigkeit der Schweizer Behörden, die Freihandelsabkommen abschliessen, die die Inlandsproduktion gefährden und die Landwirt/innen und ihre Arbeitnehmer/innen verunsichern. Kurz nach diesen Abstimmungen versuchen jetzt zuerst der Bundesrat mit seiner «Gesamtschau der Agrarpolitik», dann Avenir Suisse, der ein provokatives Pamphlet veröffentlichte, das die Grenzöffnung für Agrargüter und die Aufhebung von Subventionen fordert, und schliesslich Guy Parmelin, Mitglied des Bundesrates, der durch sein Projekt für ein Handelsabkommen mit Südamerika ein Zu-Ordnung-Rufen einer «amorphen» Landwirtschaft inszenieren möchte, um sie durch die Konkurrenz zu «dynamisieren», dem Ganzen eine neue Richtung zu geben und schlugen dadurch die Volksentscheide in den Wind. Es ist der Preis dafür, dass unsere Exportindustrie ihre Märkte und ihre Profite bewahrt. Auf dem Land ist es ein bitterer Kampf. Auf der ganzen Welt ist der Kampf sogar dramatisch.

Aber alles könnte sich noch verändern, wenn die in dieser Studie vorgeschlagenen Daten den Leuten neue Argumente geben, die sich über Arbeitsbedingungen und Lebensumstände der landwirtschaftlichen Arbeiter/innen entrüsten. Steigen die Einkommen durch die Industrialisierung der Produktion? Diversifizieren sich die Aktivitäten der Landwirtschaftsbetriebe? Breitet sich der biologische Anbau aus? Richtet sich der Bauernhof stärker marktwirtschaftlich aus? Alle diese Veränderungen würden mehr Arbeitskräfte, Arbeitnehmer/innen oder Mitarbeiter/innen bedeuten. Keine Knechte, sondern gut bezahlten Arbeitnehmer/innen.

Es bleibt noch die Ebene, die mich direkt betrifft: die Ebene der Konsumenten. Ich habe das Gefühl, betrogen zu werden. Wie die Bevölkerung dieses Landes, dachte ich ahnungslos, dass die von der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Landwirtschaft vergebenen 3.5 Milliarden Franken direkt den Landwirt/innen zugutekommen. In dieser Frage öffnen die Daten der folgenden Studie eine schwindelerregende Perspektive: von jedem Franken kommen nur 30 Rappen beim Produzent/in an. Ich verstehe, dass er einem hohen Druck ausgesetzt ist und seine Angestellten nicht besser entlohnen kann. Das ist einfach ärgerlich! Ich bemühe mich daher, Bio-Produkte und lokale Gemüse zu bevorzugen. Aber es ist immer die gleiche Geschichte: eine Studie von der FRC hat aufgezeigt, dass die Mehrkosten der Bio-Produkte nicht den Produzenten und seinen Angestellten zugutekommen sondern dem Handel. Hierbei ist zu feststellen, dass die Ernährung zwischen 5 und 10% des Haushaltsbudgets beträgt. Persönlich zahle ich gern mehr für bessere Produkte, aber nicht dafür, Migros oder COOP reicher zu machen. Wie kann man Druck auf die grossen Handelsketten ausüben, damit sie den gerechten Preis bezahlen, um die Angestellten angemessen zu bezahlen? Welche Solidarität gibt es zwischen den Konsumenten und den Produzenten? In diesem Bereich brauchen wir auch neue Perspektiven und neue Handhaben. Es ist also höchste Zeit die Augen auf die Realitäten aufzumachen und die Tischreden aufzuhören, die die Bauernschaft glorifizieren, aber die Landwirt/innen vergessen.

ACMS/ Dezember 2019